

Die Berliner Erklärung - Rückenwind für die Europäische Union? **Staatsminister Günter Gloser sprach bei der SPD Heidelberg über die Berliner Erklärung und die Zukunft der Europäischen Verfassung**

„Die Berliner Erklärung - Rückenwind für die Europäische Union?“ lautete das Thema der Veranstaltung des Arbeitskreises Europa- und Außenpolitik und des Kreisverbands der SPD Heidelberg mit dem Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Günter Gloser, am Donnerstag, den 3. Mai 2007, im Deutsch-Amerikanischen Institut (DAI).

Der Heidelberger Bundestagsabgeordnete, Lothar Binding, wies in seiner Begrüßung auf die kontinuierliche Beschäftigung der SPD Heidelberg mit europa- und außenpolitischen Fragen in den letzten Jahren hin. Er unterstrich die Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit Europa, da die Europäische Union beispielsweise im Gesetzgebungsprozess eine immense Bedeutung besäße. So stelle er bei seiner finanzpolitischen Arbeit im Bundestag immer wieder fest, dass ein Großteil der nationalen Gesetze auf diesem Gebiet auf europäische Initiativen zurückgehe.

Ulrike Hamann, die Vorsitzende des Arbeitskreises Europa- und Außenpolitik der SPD Heidelberg, legte dar, dass die deutsche EU-Ratspräsidentschaft noch knapp zwei Monate bis zum 30. Juni 2007 andauere. Ziehe man eine Zwischenbilanz, so habe die deutsche Ratspräsidentschaft bisher zwei Höhepunkte aufzuweisen: zum einen den EU-Frühjahrgipfel am 8./9. März 2007, bei dem beachtliche Ergebnisse im Bereich des Klimaschutzes erreicht worden seien, und zum anderen die Feier des 50. Jahrestages der Römischen Verträge am 25. März 2007, anlässlich dessen die „Berliner Erklärung“ unterzeichnet worden sei, die dem Wiederanschieben des europäischen Verfassungsprozesses diene.

Staatsminister Günter Gloser betonte, dass die größte Herausforderung, der sich die Europäische Union in den nächsten Monaten stellen müsse, die Zukunft der Europäischen Verfassung sei. In der „Berliner Erklärung“ stehe, dass die Europäische Union bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine „erneuerte gemeinsame Grundlage“ gestellt werden solle. Die EU benötige eine Veränderung ihrer vertraglichen Basis, um handlungsfähiger, transparenter und demokratischer zu werden. Dabei müsse aber unbedingt die Substanz des Verfassungsentwurfs erhalten bleiben. Die deutsche Ratspräsidentschaft werde bis zum EU-Gipfel am 21./22. Juni 2007 einen Fahrplan erarbeiten, wie es mit der Verfassung weitergehen solle. Es sei geplant, in der zweiten Jahreshälfte 2007 während der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft eine Regierungskonferenz einzuberufen, so dass spätestens bis zum Jahresende der veränderte Entwurf vorläge. Ab Anfang 2008 könne dann mit dem Ratifikationsverfahren in den Mitgliedstaaten begonnen werden, welches bis zum Juni 2009 abgeschlossen sein solle. Der neue Vertrag werde vielleicht nicht dem Idealbild einer Verfassung entsprechen, er werde aber dennoch den europäischen Integrationsprozess einen großen Schritt voranbringen.